Eibenstocker Tageblatt

(Bis 31. August 1920 „Amts- und Anzeigeblatt".)

Anzeiger für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,80 RM bei freier Zustellung, bei Abholung in unserer Geschäftsstelle 1,60 RM. Erscheint tägl. nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Störungen des Betriebs der Zeitung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprecher Nr. 510.

umfassend die Ortschaften: Eibenstock, Blauenthal, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstützengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstützengrün, Wildenthal, Wilzschhaus, Wolfsgrün usw.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der staatlichen und städtischen Behörden zu Eibenstock

Der Anzeigenpreis beträgt für die 46 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenteil 5 Pfennig, für die 90 mm breite Millimeterzeile im Textteil 15 Pfennig. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 9½ Uhr, für größere einen Tag vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tag sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben.

Postscheckkonto Leipzig Nr. 366 67.

84. Jahrgang.

№ 49. Sonnabend, den 27. Februar 1937.

Amtl. Bekanntmachung betr. Errichtung von Zollwohnungsneubauten.

Die Bauarbeiten beginnen:

A	B
ab 1. 4. 1937	ab 1. 5. 1937
in	in
Oberjugel	Breitenbrunn
Mühlleithen	Ehrenzipfel
Wernitzgrün	b. Rittersgrün
Zwota	Tellerhäuser
Bad Elster	Klingenthal
Rohrbach	Landesgemeinde
Landwüst	b. Erlbach
Schönberg	Bad Elster

Die Angebotsvordrucke für

a) **Erd-, Maurer- usw. Arbeiten** und

b) **Zimmererarbeiten**

aller Bauvorhaben sind bis spätestens 10. März 1937 bei der unterfertigten Dienststelle anzufordern, hinsichtlich Schönberg jedoch beim Reichsbauamt Leipzig. Die gewünschten Baustellen sind dabei namhaft zu machen.

Zusendung der Vordrucke erfolgt:

zu A a) ab 5. 3. 1937 — zu B a) ab 5. 4. 1937

zu A b) ab 20. 3. 1937 — zu B b) ab 20. 4. 1937

Leipzig, im Februar 1937.

Der Präsident des Landesfinanzamts Leipzig
— Baugruppe —

Von Woche zu Woche

Randbemerkungen zur Zeitgeschichte.

In würdiger und erhebender Weise hat das deutsche Volk am Sonntag Reminiszere seiner gefallenen Helden gedacht. Die Rede, die der Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Generalfeldmarschall v. Blomberg, bei der Weihestunde in der Staatsoper gehalten hat, hat im Ausland tiefsten Eindruck gemacht. Während man in Moskau bei Gelegenheit eines anderen Gedenktages mit dem Säbel rasselte, hat der Mann, der unsere neue Wehrmacht aufbauen durfte, ein starkes Friedensbekenntnis abgelegt, das in den Worten gipfelte: „Vergeßt den Haß! Verhindert mit allen Kräften die Wiederkehr des Schreckens!" So deutet Deutschland den Ruf, der uns aus den Gräbern des Weltkrieges entgegenklingt. Auch in innenpolitischer Beziehung enthält die Rede des Oberbefehlshaber der Wehrmacht ein leidenschaftliches Bekenntnis, das Bekenntnis zum Nationalsozialismus. „Wir wollen gute Soldaten und gute Nationalsozialisten sein. Es bleibt nicht die Wahl für das eine oder das andere. Beides gehört zusammen, beides ist im Grunde das gleiche." Noch eine andere Rede des Generalfeldmarschalls aus dieser Woche ist festzuhalten. Es ist die Ansprache gemeint, die er im Sportpalast an die Arbeiter und Angestellten der Wehrmacht hielt. Dort trat er der billigen Auffassung entgegen, als sei es nicht schwer gewesen, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, wenn man die allgemeine Wehrpflicht einführte und die damit verbundenen Rüstungen durchführte. Mit Recht sagte der Feldmarschall, daß die wirtschaftliche Gesundung vorangehen mußte. Solange Millionen von Arbeitslosen und eine zusammengebrochene Landwirtschaft vorhanden waren, konnte die neue Wehrmacht nicht aufgebaut werden.

Die Eröffnung der Berliner Autoschau gab Veranlassung zu einer Zwischenbilanz in der Motorisierung Deutschlands. Reichsminister Dr. Goebbels hat einige Zahlen genannt, die überaus deutlich zeigen, welch unermeßlicher Segen allein aus der vom Führer ausgegebenen Parole „Motorisierung" geflossen ist. Ein Wunder des Fleißes und der Kühnheit hat Dr. Goebbels mit Recht die gewaltigen Erfolge auf diesem Gebiete genannt. Jedermann in Deutschland hat selbst Gelegenheit, auf Schritt und Tritt sich davon zu überzeugen, wie überall die nationalsozialistische Staats- und Volksführung neues Leben erweckt und Werke und Werte geschaffen hat, die in allen Zeiten Bewunderung erwecken werden. Ueberhaupt soll eine Rückschau in uns nicht so sehr die Freude über das erwecken, was bereits geleistet worden ist, sondern sie soll uns anspornen, neue, schwierigere, noch größere Aufgaben in Angriff zu nehmen. Und das hat gerade der Führer in seiner Rede unterstrichen. So gewaltig die Erfolge sind: alles das ist erst ein Anfang. Die Parole „Motorisierung!" gilt weiter. Eine der nächsten Etappen ist hier die Schaffung des Volkswagens, und ein weiteres Hauptziel unseres wirtschaftlichen Schaffens ist die volle Sicherung der Rohstoffbasis.

Hodza gibt Fehler zu

Zusammenarbeit mit den Sudetendeutschen?

In einer Unterredung mit dem Prager Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph" befaßte sich der tschechoslowakische Ministerpräsident Hodza mit den neuen „Zugeständnissen" der tschechoslowakischen Regierung an die deutschen Minderheitsparteien, die mit der Regierung zusammenarbeiten.

Hodza gab offen zu, daß „die Regierung bisher in der Behandlung der Minderheiten Fehler begangen habe". Er behauptete jedoch, daß das tschechoslowakische System das großzügigste in Europa sei, und erklärte, alle Fehler wiedergutmachen zu wollen. Er sei bereit, voll mit der Sudetendeutschen Partei auf der Grundlage der bestehenden demokratischen Verfassung zusammenzuarbeiten.

Auf dem Gebiete der Erziehung besäßen die deutschen Bürger der Tschechoslowakei bereits Erleichterungen, die weit über das hinausgingen, wozu sie auf Grund ihres prozentualen Verhältnisses zur Gesamtbevölkerung berechtigt seien(?). Die deutschen Volksteile hätten jedoch einen wirklichen Grund zur Beschwerde, denn ihre Behandlung sei, was staatliche Anstellungen anlange, nicht anständig gewesen. Nur auf dem Erziehungs- und postalischem Gebiete seien sie entsprechend vertreten. Im Eisenbahnwesen und in der Finanz seien sie jedoch mit kaum 12 v. H. und auf anderen Gebieten mit noch weniger vertreten. Er, Hodza, habe den tschechischen Nationalisten erklärt,

daß es zu der moralischen Zersetzung des Staates führen würde, wenn man zwei Klassen, die der Besitzenden und die der Habenichtse, schaffen würde.

Man habe ein großzügiges Verständnis für die Lage gezeigt, wie sich aus der geplanten Ernennung von Deutschen für die Besetzung von freien Staatsstellen ergebe. Für gewisse Posten müsse man jedoch der absoluten Loyalität der Kandidaten gewiß sein.

Der Berichterstatter wies dann darauf hin, daß Henlein, der Führer der Sudetendeutschen Partei, sich vor kurzem beklagt habe, daß seine Partei von jeder Zusammenarbeit mit der Regierung ausgeschlossen sei. Hodza erwiderte, er wolle keine Partei von der Zusammenarbeit ausschließen, wenn sie sich offen auf die Grundlage des parlamentarisch-demokratischen Systems und der gegenwärtigen Verfassung stelle und alle totalitären Ziele ablehne. Die Deutschen müßten ihre Bestrebungen entsprechend diesen unabänderlichen Grundsätzen gestalten. Wenn sie dazu bereit seien, dann sei der Weg offen zu einer völligen Verständigung.

Er sei auch optimistisch genug, seine Politik für die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit aller Donaustaaten einschließlich Deutschlands weiter zu verfolgen. Ihre Verwirklichung würde die vollste Garantie für den Frieden in Mitteleuropa sein.

*

Gegenüber dem bisherigen Verhalten der tschechoslowakischen Regierung zu den Sudetendeutschen bedeutet die Erklärung des Ministerpräsidenten Hodza zweifellos einen gewissen Fortschritt. Der verantwortliche Regierungschef der Tschechoslowakei gibt zu, daß man bisher in der Behandlung der deutschen Minderheit in Prag große Fehler gemacht hat und daß man dem deutschsprechenden Teil der Bevölkerung gegenüber nicht anständig gehandelt habe. Das ist, wie gesagt, ein Fortschritt. Doch handelt es sich vorläufig nur um Worte. Nun muß man auch Taten sehen, denn mit Worten allein ist das große Unrecht, das man der stärksten Minderheit des tschechoslowakischen Staates zugefügt hat, nicht wiedergutgemacht.

Eine bestimmte Sorte ausländischer Blätter bemüht sich krampfhaft, nachzuweisen, daß der Besuch Neuraths in Wien nicht durch neue Verträge gekrönt worden sei. Sie findet leider eine gewisse Unterstützung bei einem Teil der österreichischen Presse, die die lebhaften und herzlichen Ovationen der deutschen Wiener benutzt, um den Erfolg dieses Besuches zu schmälern. Es ist nicht das erstemal, daß untergeordnete Polizeiorgane und böswillige Federn die Bemühungen der verantwortlichen Männer zu vereiteln versuchten. Die Oesterreicher jedenfalls haben durch ihre Haltung bewiesen, wie willkommen ihnen der erste deutsche offizielle Besuch nach der Beilegung der Streitigkeiten gewesen ist. Das Schlußkommuniqué läßt keinen Zweifel daran offen, daß das Bindeglied Wien in der Achse Rom—Berlin sich fester in den Block eingefügt hat.

Die Not der Sudetendeutschen, die mehr als ein Jahrzehnt lang in Europa unbeachtet blieb, obgleich deutsche Zeitungen rechtzeitig auf diese Dinge aufmerksam gemacht haben, beginnt langsam zu einer europäischen Angelegenheit zu werden. Man hat in verschiedenen Ländern, besonders in England, eingesehen, daß auch diese Not des Deutschtums in der Tschechoslowakei mit dazu beiträgt, die europäischen Spannungen zu vergrößern. Es geht nicht an, daß ein Volkstum, daß Millionen Deutsche in einen Zustand politischer, geistiger und sozialer Not hineingetrieben werden, der keinen anderen Ausweg als die Verzweiflung offen läßt. Solche Dinge sind es ja, die Spannungen erzeugen, vergrößern und die verhindern, daß zwischen den Staaten der naturnotwendige, gerechte Ausgleich des nachbarlichen Zusammenlebens stattfinden kann. Man täuscht sich vielleicht auch nicht, wenn man annimmt, daß von draußen her die tschechoslowakische Regierung jetzt zu der Untersuchung über die Lage der Sudetendeutschen gedrängt worden ist. Auf eine Denkschrift folgt ein Kommuniqué, das ist aber bisher alles, was aus der ganzen Angelegenheit herausgekommen ist. Von praktischer Hilfe hat man ebenso wenig gehört wie von durchgreifenden Gesetzen. Daß es sich bei dem ganzen Vorgehen der tschechischen Regierung nur um eine unschädliche und nutzlose weiße Salbe handelt, geht am allerbesten aus der Tatsache hervor, daß man mit der Sudetendeutschen Partei und ihrem Führer Konrad Henlein überhaupt nicht verhandelt hat. Wenn man wirklich einen Ausgleich herbeiführen wollte, so wäre eine Fühlungnahme mit den Männern, die die Sudetendeutschen vertreten, doch das erste Erfordernis gewesen. An schönen Worten hat es in all den Jahren nicht gefehlt. Aber diese Worte verfangen nicht mehr, damit kann man heute weder die Sudetendeutschen beruhigen noch sie satt machen.

Nach den Nachrichten, die jetzt aus Abessinien zu uns kommen, wird es erkennbar, daß es sich bei dem Attentat auf den Vizekönig Graziani in Addis Abeba nicht um eine improvisierte Angelegenheit eines abessinischen Freiheitsfanatikers gehandelt hat, sondern hier hat offenbar ein System vorgelegen, und so wird denn auch jetzt bekannt, daß im Zusammenhang mit diesem Attentat nicht mehr und nicht weniger als ein Handstreich auf die abessinische Hauptstadt geplant war. Da dieser Handstreich nicht gelang, lag an der Wachsamkeit der italienischen motorisierten Kolonnen. Von den noch nicht unterworfenen Heerführern hatte sich eine Reihe zusammengetan, an deren Spitze stand Ras Desta, der Schwiegersohn von Haile Selassie, der nach den vorliegenden Nachrichten diesen Handstreich organisiert hat. Während die übrigen Aufrührer zum Teil erschossen, zum Teil im Kampfe gefallen sind, war es zunächst Ras Desta Damptu noch einmal gelungen zu entfliehen. Doch hat ihn sein Schicksal bald erreicht.

Bei diesen militärischen Vorgängen in Abessinien handelt es sich nicht etwa um den Ausbruch eines neuen Krieges, sondern um eine Säuberungsaktion, wie sie naturgemäß bei einem solchen Feldzug unvermeidlich ist. Besonders interessant ist nur die Tatsache, daß Ras Desta Damptu ausersehen war, seinen Schwiegervater bei der Krönung des englischen Königs zu vertreten. Die Debatte über diese Einladung geht aber noch weiter, und man kann es den italienischen Zeitungen nachempfinden, wenn sie brüsk mitteilen, daß ein italienischer Vertreter an der Krönung nicht teilnehmen würde, falls ein Vertreter Abessiniens sich doch einfindet. Die englische Antwort darauf lautet, daß England einladen dürfe, wen es wolle. Das ist richtig und ist doch wieder nicht richtig. Man wundert sich eigentlich, daß England, das gerade solche Fragen bisher immer mit großem Geschick behandelt hatte, diesmal in einen solchen Konflikt hineingekommen ist.

Neutralität der Schweiz unverletzlich

Erklärung Hitlers gegenüber dem früheren Bundesrat Schultheß.

Wie die Schweizerische Depeschenagentur meldet, wurde im Schweizer Bundesrat bekanntgegeben, daß Reichskanzler Hitler in Berlin gelegentlich einer Unterredung mit dem früheren Bundesrat Schultheß in sehr bestimmter Form und mit großer Energie Erklärungen über das Verhältnis zur Schweiz abgegeben habe, die sich folgendermaßen zusammenfassen lassen:

„Der Bestand der Schweiz ist eine europäische Notwendigkeit. Wir wünschen, mit ihr als gute Nachbarn in bestem Einvernehmen zu leben und uns mit ihr in allen Dingen loyal zu verständigen. Als ich in meiner jüngsten Reichstagsrede von der Neutralität zweier Länder sprach, habe ich die Schweiz absichtlich nicht erwähnt, weil ihre